



1 **Antrag**  
2 **der ASJ Berlin und**  
3 **des Fachausschusses III - Inneres und Recht**  
4 **Beschlüsse vom 24. September 2018 (FA III) und**  
5 **vom 11. Oktober 2018 (ASJ Berlin)**

6  
7 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
8

9 **Urbane Sicherheit**

10 **1. Sicherheit für die Stadtgesellschaft**

11 Berlin wächst dynamisch und steuert schon in den kommenden Jahren  
12 auf vier Millionen Einwohner zu. Weltoffenheit und Vielfalt zeichnen  
13 Berlin aus und machen die Stadt attraktiv. Menschen aus über 150  
14 Nationen leben hier bereits zusammen. Ihre soziale und persönliche  
15 Sicherheit zu gewährleisten gehört zu den wichtigsten  
16 Herausforderungen einer verantwortungsvollen Stadtpolitik und ist  
17 damit eine zentrale Aufgabe der Berliner Sozialdemokratie.

18 Die Menschen in unserer Stadt befinden sich in verschiedensten  
19 Lebenssituationen und setzen sich unterschiedlichste Ziele. Sie  
20 müssen auf ein sicheres Umfeld vertrauen können. Viele Menschen,  
21 die zu uns kommen, suchen einen Platz, sich niederzulassen, sich  
22 eine Existenz aufzubauen und selbstbestimmt zu leben.

23 Berlin steht wie gegenwärtig keine zweite Stadt für diese  
24 Entwicklung. Voraussetzung für ein Gelingen ist dabei, dass die  
25 Menschen ihr Leben verlässlich planen können, weil sie in dieser  
26 Stadt soziale und persönliche Sicherheit finden - egal, ob sie für ihren  
27 Aufenthalt nur an einige Wochen oder aber an Jahrzehnte denken.

28 Mit dem Wachstum der Stadt gehen die Herausforderungen Hand in  
29 Hand. Quartiere entwickeln sich unterschiedlich. Was gestern eine  
30 einfache Wohngegend war, wird in atemberaubender Geschwindigkeit  
31 hip und begehrt - und teuer. Dadurch treten aber auch  
32 Ungleichheiten viel stärker zu Tage als bisher. Die Räume zum  
33 Ausweichen werden kleiner. Der Druck auf diese Quartiere steigt und  
34 mit dem Druck die Verteilungskämpfe und die soziale Desintegration,  
35 die irgendwann auch zu offenen sozialen Spannungen, zu Gewalt und  
36 zu Kriminalität und damit im Ergebnis zu einer sozial-räumlichen  
37 Polarisierung führen. Unter einem solchen Prozess leiden vor allem  
38 diejenigen, die selbst am wenigsten für ihre Sicherheit aufbieten  
39 können. Sicherheit darf aber nicht vom Einkommen und Vermögen  
40 abhängen, sondern muss für alle gleichermaßen gewährleistet sein.

41           **2. Die beiden Säulen der urbanen Sicherheit**

42   Urbane Sicherheit bedeutet mehr als nur den unmittelbaren Schutz  
43   vor Kriminalität und Gewalt einerseits und mehr als nur die soziale  
44   Absicherung des Existenzminimums andererseits. Sie bedeutet  
45   vielmehr, zu fairen und verlässlichen Bedingungen für die eigene  
46   Existenz sorgen *und* friedlich und ohne Angst in unserer Stadt leben  
47   zu können.

48   *Soziale Sicherheit*

49   Nicht jeder Lebensentwurf geht auf, nicht jeder verläuft linear und  
50   ohne Brüche. Die Gründe, warum Menschen auf die Unterstützung des  
51   Staats angewiesen sind, sind vielfältig. Das kann sich im Bedarf von  
52   Transferleistungen äußern, aber auch in der Inanspruchnahme von  
53   Hilfseinrichtungen oder anderen Unterstützungsangeboten. Sie bieten  
54   soziale Sicherheit und sind deshalb unersetzlich. Soziale Sicherheit  
55   entsteht aber auch durch Regeln, die dem Schutz vor Willkür und  
56   wirtschaftlicher Übermacht dienen, wo Menschen von anderen  
57   abhängig sind. Diese Situation kann bei einem Arbeits- oder  
58   Auftragsverhältnis ebenso entstehen wie bei einem Mietverhältnis.  
59   Dass „der Markt mehr hergibt“, darf nicht der Maßstab sein. Für uns  
60   steht der gesellschaftliche Zusammenhalt im Mittelpunkt.

61   Um an der Gesellschaft unserer Stadt wirklich teilhaben zu können,  
62   sind zwei Voraussetzungen unerlässlich: Eine sichere wirtschaftliche  
63   Existenzgrundlage und ein angemessener Wohnraum. In  
64   Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit ist eine gleichberechtigte  
65   Teilhabe an der Gesellschaft kaum möglich.

66   *Persönliche Sicherheit*

67   Wir alle wollen in Berlin sicher sein vor Gewalt und Kriminalität -  
68   zu Hause, auf dem Weg zur Schule oder zur Arbeit, im öffentlichen  
69   Raum. Dafür müssen wir klare Regeln für unser Zusammenleben  
70   normieren und ihre Einhaltung konsequent durchsetzen. Zu einem  
71   effektiven Rechtsstaat gehören eine gut aufgestellte Polizei - mit  
72   einer entsprechenden Einsatzstruktur - und einer ebenso gut  
73   aufgestellten Justiz, die handlungsfähig sind und ihre Bediensteten  
74   gut bezahlen. Sie gewährleisten, dass wir friedlich und sicher in  
75   unserer Stadtgesellschaft zusammenleben. Hierzu leisten ebenso die  
76   Berliner Feuerwehr, die freiwillige Feuerwehr und die  
77   Rettungsdienste einen wichtigen Beitrag.

78   Kriminalität, Gewalt und Extremismus haben ihren Ursprung oft in  
79   sozialen Schieflagen. Dort müssen wir ansetzen und dafür sorgen,  
80   dass Menschen eine stabile Grundlage für ihr Leben in einem sicheren  
81   und sozialen Umfeld entwickeln können. Wo jemand nicht das Glück  
82   hat, von einer intakten Familie umgeben zu sein oder wenigstens in  
83   Kindergarten und Schule Anerkennung und Selbstvertrauen gewinnen

84 zu können, müssen andere Einrichtungen Werte für ein friedliches  
85 Zusammenleben vermitteln. Damit schaffen wir auch unter  
86 schwierigen Voraussetzungen eine wirksame Prävention gegen ein  
87 Abdriften an die Ränder der Gesellschaft.

88 Persönliche Sicherheit setzt sowohl auf die konsequente Einhaltung  
89 und Durchsetzung der Regeln als auch auf Prävention und  
90 Resozialisierung in Falle des Scheiterns.

91 Wir wollen die Ursachen von Kriminalität, Gewalt und Extremismus  
92 beseitigen und Menschen einen sicheren Ort zum Leben geben, den  
93 sie selbst gestalten können, und sie nicht sich selbst überlassen - wir  
94 wollen eine *integrierte und nachhaltige* Sicherheitspolitik. Die  
95 persönliche Sicherheit im Sinne eines umfassenden Schutzes der  
96 Menschen vor kriminellen und extremistischen Bedrohungen und die  
97 soziale Sicherheit im Sinne eines stabilen Lebensumfelds, das ein  
98 selbstbestimmtes Leben und die Sicherung der eigenen Existenz  
99 ermöglichen, sind die tragenden Säulen der urbanen Sicherheit.

### 100 **3. Soziale Sicherheit**

#### 101 **3.1 Gute Arbeit - das Fundament für eine sichere Existenz**

102 Berlin hat sich in den vergangenen zehn Jahren beim Abbau der  
103 Arbeitslosigkeit hervorragend entwickelt. Wir leben aber in einer  
104 Beschäftigungswelt, in der sich die Arbeitsverhältnisse immer  
105 häufiger verändern und oft nur unsichere Zukunftsaussichten bieten.  
106 Sei es, dass nicht mehr wirklich klar ist, wer Arbeit- oder auch nur  
107 Auftraggeber ist - und damit am Ende für die geleistete Arbeit  
108 aufkommt. Sei es, dass die Risiken der Tätigkeit einseitig auf den  
109 Ausführenden lasten und die eigentlichen Nutznießer nur am Profit  
110 partizipieren. Die Arbeitswelt in einer Millionenstadt ist eine andere  
111 als die in einem Flächenland. Die Anonymität der Metropole  
112 begünstigt hier leider allzu oft die schwarzen Schafe.  
113 Flächendeckende sozialversicherungspflichtige Beschäftigungs-  
114 verhältnisse werden daher nur mit einem konsequenten Einsatz gegen  
115 Schwarzarbeit, gegen ein Unterlaufen des Mindestlohngesetzes und  
116 des Arbeitsschutzes sowie gegen Insolvenzbetrug durch eine eng  
117 zusammenarbeitende Verwaltung und hochspezialisierte Kräfte von  
118 Polizei, Zoll und Steuerfahndung zu erreichen sein.

119 Über allem muss jedoch auch ein übergreifender Konsens der  
120 Stadtgesellschaft stehen: Wer eine Leistung erbringt, hat Anspruch  
121 auf eine faire Entlohnung, gleich ob abhängig beschäftigt oder  
122 selbständig. Und: Wer sich an die Regeln hält, darf am Ende nicht  
123 „der Dumme“ sein, denn auch Wettbewerb fußt auf dem  
124 Grundgedanken von Fairness.

125 Bei den Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst und bei der  
126 Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand geht Berlin bereits mit

127 gutem Beispiel voran: So fallen z. B. bei den bislang besonders  
128 betroffenen Hochschulen die lange Zeit üblichen sachgrundlosen  
129 Befristungen von Arbeitsverträgen weg und treten ordentliche  
130 Dauerarbeitsverhältnisse an ihre Stelle. Denn unfreiwillige  
131 Beschränkungen auf Teilzeit und die Befristung von  
132 Beschäftigungsverhältnissen schaffen - nicht nur im Hochschulbereich  
133 - ein Gefühl der Unsicherheit und wirken sich damit in vielen Fällen  
134 negativ auf die Lebensplanung aus.

135 Auch die Anhebung der Besoldung und Vergütung für die  
136 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes schreitet nach langen Jahren  
137 des Sparens wieder voran. Wir wollen in dieser Legislaturperiode den  
138 Durchschnitt aller Bundesländer erreichen, um ihnen die gebotene  
139 Anerkennung und Wertschätzung für ihre Arbeit zu geben und um  
140 weiter - auch gegenüber dem Bund - wettbewerbsfähig zu sein. Dazu  
141 gehören auch attraktivere Arbeits- und Gehaltsbedingungen, die eine  
142 gute Balance von Beruf und Familie ermöglichen. Nicht nur der  
143 öffentliche Dienst unmittelbar, sondern auch alle, die für das Land  
144 Berlin in anderer Weise tätig werden, sollen diese Standards  
145 einhalten. Mindestlohn, Tariftreue, Arbeitsschutz und  
146 Steuerehrlichkeit sind bereits Vergabevoraussetzungen bei der  
147 Ausschreibung öffentlicher Aufträge in Berlin.

148 Unsere Anstrengungen für soziale Sicherheit durch gute Arbeit  
149 werden an dieser Stelle aber nicht enden. Trotz der guten  
150 Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden manche Menschen nicht  
151 ohne Hilfe in den regulären Arbeitsmarkt eintreten können. Ihnen  
152 wollen wir eine Alternative zur Langzeitarbeitslosigkeit bieten:

153 Mit dem solidarischen Grundeinkommen schaffen wir ein völlig neues  
154 Instrument im Rahmen des Sozialsystems. Bis heute wird  
155 Langzeitarbeitslosigkeit zu oft nur verwaltet und führt  
156 Arbeitslosengeld II in seiner gegenwärtigen Form zu oft nicht, wie  
157 erhofft, in den regulären Arbeitsmarkt, sondern zu prekärer  
158 Beschäftigung, Leiharbeit, grundlos befristeten Zeitarbeitsverträgen  
159 und schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika. In Berlin sind aktuell  
160 fast 46.000 Menschen als langzeitarbeitslos registriert. Diesen  
161 Menschen eine Perspektive zu bieten, ist unser Ziel. Sie erhalten mit  
162 dem solidarischen Grundeinkommen soziale Sicherheit durch fair  
163 bezahlte Arbeit für Tätigkeiten in stadtesellschaftlich relevanten  
164 Feldern, die mit den Beschäftigten des Landes Berlin bislang nicht  
165 abgedeckt werden. Gute Arbeit, existenzsichernd und sozial  
166 anerkannt, verbinden wir mit dem Organisieren gesellschaftlich  
167 notwendiger Tätigkeiten. So können in Zukunft verschiedene wichtige  
168 Dienstleistungen auch für Menschen erbracht werden, die sie zwar  
169 benötigen, bisher aber nicht bezahlen können.

170 Wir wollen mit der Einführung des solidarischen Grundeinkommens  
171 einen neuen Standard an sozialer Sicherheit erreichen,  
172 Arbeitsangebote mit Arbeitssuchenden zusammenbringen und

173 Übergänge in den Arbeitsmarkt verbessern. Unser Ziel sind  
174 sozialversicherungspflichtige, unbefristete, freiwillig abgeschlossene  
175 Arbeitsverhältnisse auf Tarifbasis, deren Vergütung mindestens dem  
176 Mindestlohn entspricht. Die dafür erforderlichen Stellen werden  
177 durch die bezirklichen und die landeseigenen Unternehmen oder  
178 durch freie Träger im Auftrag des Landes geschaffen und angeboten.  
179 In Kombination mit der Bürgerversicherung entwickeln wir so eine  
180 echte und dauerhafte Absicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit  
181 und Altersarmut.

182 Auch denjenigen, die als Migrantinnen und Migranten seit vielen  
183 Jahren hier arbeiten, eine Ausbildung machen oder studieren und  
184 straffrei leben, soll eine dauerhafte Bleibeperspektive eröffnet  
185 werden.

### 186 **3.2 Wohnraum - eine Lebensgrundlage**

187 Immer häufiger können Menschen trotz ihrer Arbeit die Wohnung  
188 aufgrund steigender Mieten nicht mehr bezahlen oder suchen  
189 verzweifelt nach einer bezahlbaren Wohnung. Diese Entwicklung  
190 müssen wir stoppen.

191 Verantwortungsvolle Politik muss erkennen, dass Menschen  
192 bezahlbare Wohnungen als sicheren Lebensraum für sich und ihre  
193 Familien benötigen und dass ihr Zuzug bzw. ihr Verbleib auch das  
194 wirtschaftliche Wachstum der Stadt und damit unseren Wohlstand  
195 entscheidend mitbestimmt. Für sie müssen wir Preistreibereien und  
196 Verdrängung durch Spekulationskäufe mit wirksamem Mieterschutz  
197 und einer funktionierenden Mietpreisbremse entgegenreten, vor  
198 allem aber auch in großem Umfang mit den städtischen  
199 Wohnungsgesellschaften neue Wohnungen bauen. Darüber hinaus  
200 unterstützen wir Menschen, die in Gruppen, ob als Genossenschaften  
201 oder in anderen Zusammenschlüssen, selbst Wohnraum für viele  
202 schaffen wollen.

203 Berlin benötigt dringend 30.000 neu gebaute Wohnungen. Dabei ist  
204 klar: Wohnungsbau braucht Zeit. Bereits in der letzten  
205 Legislaturperiode ist eine Vielzahl genehmigter Bauvorhaben auf den  
206 Weg gebracht worden. Dies reicht indessen nicht aus. Auch die  
207 aktuelle Projektierung und Genehmigung von Neubau muss mit der  
208 sich immer weiter dynamisierenden Nachfrage Wohnungssuchender  
209 Schritt halten, um den gestiegenen Bedarf decken zu können. Ihr Bau  
210 ist zwischen den Koalitionspartnern fest vereinbart; spätestens in der  
211 Mitte der Legislaturperiode muss sich zeigen, dass dieser realisiert  
212 wird.

213 Die eigene Wohnung ist der Rückzugsort und Lebensmittelpunkt der  
214 Menschen in der Stadtgesellschaft. Zu wissen, dass sie mit ihrer  
215 Familie eine sichere Basis haben, von der aus sie am Stadtleben  
216 teilhaben können, ist von unschätzbarem Wert. Eine große Rolle

217 spielt dabei, in welchem Umfeld sich der Wohnort befindet: „Können  
218 unsere Kinder hier auf eine gute Schule gehen? Finden wir für sie  
219 einen Platz in einer erreichbaren Kita? Habe ich die Möglichkeit, in  
220 der Nähe einzukaufen, mit dem ÖPNV zur Arbeit zu kommen, und  
221 eine Nachbarschaft, in der ich auf Dauer gerne und sicher lebe?“  
222 Diese Fragen stellen sich Menschen, wenn sie sich die Quartiere  
223 ansehen, in denen ihnen eine Wohnung angeboten wird. Mit  
224 entsprechender Planung, die dies berücksichtigt, machen wir  
225 Stadtviertel attraktiv für Menschen. Dazu gehört auch die kreative  
226 und attraktive Bebauung in der Innenstadt, die vorhandene  
227 Strukturen berücksichtigt und Widerstände gegen eine Bebauung im  
228 Dialog mit den Anwohnern überwindet.

### 229 **3.3. Bildung, Kinder und Familie – sicher in die Zukunft**

230 Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen sichere  
231 Lebensbedingungen und eine sichere Umgebung. Nur so haben sie  
232 faire Chancen auf selbstbestimmte Lebensentscheidungen genauso  
233 wie auf eine gelingende Alltagsbewältigung auf der Grundlage eines  
234 wachsenden Selbstvertrauens. Sie haben dabei Anspruch auf Schutz  
235 und Hilfe - ein Anspruch, der sich an die Eltern, die Erzieherinnen  
236 und Erzieher, die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch an alle anderen  
237 Menschen in ihrem Umfeld richtet.

238 Bis eine Erwerbstätigkeit es jungen Menschen erlaubt, auf eigenen  
239 Beinen zu stehen, bleiben Bildung und Familie die zentralen  
240 Schlüssel, eine individuelle Grundlage für soziale Sicherheit zu  
241 schaffen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Gebührenfreiheit  
242 unserer Bildungseinrichtungen, denn der Bildungserfolg darf nicht von  
243 der sozialen Herkunft abhängen. Von der Kita bis zu Hochschule ist  
244 Bildung in Berlin heute beitragsfrei und für alle zugänglich. Damit  
245 bestehen in unserer Stadtgesellschaft gleiche Bildungschancen, die  
246 auch tatsächlich erfolgreich genutzt werden können. Dafür wollen wir  
247 das Bewusstsein schärfen, die eigenen Chancen durch Bildung als  
248 Grundlage für ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben für alle  
249 erkennbar zu machen.

250 Beitragsfreiheit allein kann diese Voraussetzungen aber nicht  
251 schaffen. Daher investiert Berlin bereits in großem Umfang in  
252 Schulsanierung und Ganztagsbetreuung - Gebiete, auf denen unsere  
253 Stadt bereits heute bundesweit führend ist. Digitalisierung und  
254 Inklusion, interkulturelle Öffnung und auch eine praxisnahe Berufs-  
255 und Studienorientierung sind ebenfalls ein fester Bestandteil der  
256 Schulkonzepte.

257 Kinder und Jugendliche werden häufig zu Opfern von Gewalt. Ob im  
258 Kontext der Schule und anderen Bildungseinrichtungen, während der  
259 Ausbildung oder sogar im nachbarschaftlichen bzw. familiären Umfeld  
260 durch die eigenen Eltern oder andere nahestehende Personen. Das  
261 beeinflusst in vielen Fällen auch ihr späteres Verhalten als

262 Erwachsene im Hinblick auf eigene Gewaltanwendung. Alle  
263 Bildungseinrichtungen müssen daher immer auch Schutzraum sein, in  
264 dem Angst und Gewaltausübung, gleich von welcher Seite, keinen  
265 Platz haben. Mit dieser Sicherheit entsteht das Bewusstsein, dass  
266 Gewaltausübung nicht selbstverständlich ist und auch niemals sein  
267 soll. Wir werden daher u. a. das neue Berliner Programm gegen  
268 Gewalt an Schulen finanziell stärken, um Gewaltprävention, die  
269 Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulentwicklung und  
270 Demokratiepädagogik zu fördern.

271 Der größte Risikofaktor für Kinder und Jugendliche beim  
272 Heranwachsen ist jedoch unverändert Armut. Sie zwingt oft zum  
273 Verbleib in einer gewaltbelasteten Umgebung, sie hält von der  
274 Wahrnehmung der vorhandenen Bildungschancen ab, sie motiviert zur  
275 Nachahmung gewaltbereiten Handelns und sie führt häufig genug zu  
276 einem schleichenden Abgleiten in die Kriminalität. Berlin setzt diesen  
277 Entwicklungen gezielt ein Programm zur Reduzierung von  
278 Kinderarmut mit verschiedenen Maßnahmen in allen Politikbereichen  
279 entgegen. Diese reichen von der „Frühen Hilfe“ rund um die Geburt  
280 über die Stadtteilmütter, das flächendeckende Kita-Angebot, die  
281 verlässlichen Ganztagschulen und die freie Jugendarbeit bis zu den  
282 Jugendberufsagenturen. Dabei werden vor allem Alleinerziehende  
283 und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Eltern durch leistungsfähige  
284 Anlaufstellen unterstützt. Schließlich treten wir auf der Bundesebene  
285 für eine allgemeine Kindergrundsicherung ein.

#### 286 **4. Persönliche Sicherheit**

##### 287 **4.1. Urbane Polizei- und Sicherheitsarbeit**

288 Ohne klare Regeln gibt es keine funktionierende Gemeinschaft. Daher  
289 setzen wir uns für die konsequente Einhaltung gesellschaftlicher  
290 Regeln in der gesamten Stadt ein. Dies ist nicht nur eine Aufgabe der  
291 Polizei und der Justiz, sondern auch der Stadtgesellschaft insgesamt.

292 Die Bedrohung durch Gewaltkriminalität und Eigentumsdelikte ist für  
293 viele Menschen verstörend. Opfer solcher Straftaten zu werden oder  
294 gar geworden zu sein, ist hoch belastend. Diese Bedrohung,  
295 ausgehend vor allem durch die sog. organisierte Kriminalität, stellt  
296 aktuell die größte Gefahr für die persönliche Sicherheit im urbanen  
297 Umfeld dar.

298 Kriminelle arabische Clans, Rockergruppen und reisende Banden  
299 haben - nicht nur in Berlin - zu lange zu wenig Widerstand seitens  
300 des Rechtsstaats und der Stadtgesellschaft erfahren. Mit  
301 Drogenhandel, Korruption, Schutzgelderpressung, Geldwäsche,  
302 Glücksspiel, Menschenhandel, Steuerhinterziehung, Raub- und  
303 Eigentumsdelikten haben sie vielen Menschen und der Allgemeinheit  
304 insgesamt geschadet und illegales Vermögen an sich gebracht, das sie  
305 in den regulären Wirtschaftskreislauf einschleusen wollen. Das dürfen

306 wir nicht dulden. Daher werden wir die Polizei, die  
307 Staatsanwaltschaft und die Strafgerichte personell und materiell  
308 aufstocken, um den Verfolgungsdruck auf die Täterinnen und Täter  
309 deutlich zu erhöhen. Zudem werden wir weitere Maßnahmen prüfen,  
310 um entsprechende kriminelle Strukturen aufzubrechen.

311 Zu einer erfolgreichen Gefahrenabwehr gehört eine gute Ausstattung.  
312 Hier ist seit Antritt der neuen SPD-geführten Koalition bereits  
313 wichtiges geleistet worden, angefangen bei der massiven Erhöhung  
314 der Ausbildungszahlen für den Polizeivollzugsdienst wie auch bei der  
315 Beschaffung modernster Ausrüstung und Logistik und der viel engeren  
316 Verzahnung der einzelnen Sicherheitsbehörden beim  
317 Informationsaustausch. Eingeschlossen werden müssen hier jedoch  
318 auch weitere Möglichkeiten der Informationsgewinnung und der  
319 Beweissicherung. Das betrifft unter anderem die partielle und  
320 temporäre Einführung von Videoüberwachung an kriminalitäts-  
321 belasteten Orten. Die Menschen in der Stadt erwarten zu Recht, dass  
322 Straftaten im öffentlichen Raum wo immer möglich verhindert  
323 werden oder zumindest erleichtert aufgeklärt werden können.

324 Die hoheitlichen Aufgaben müssen wieder verstärkt vom Staat selbst  
325 hoheitlich in eigener Verantwortung die Hand genommen werden, die  
326 Privatisierung von Sicherheit - auch im Bereich der Sicherung der  
327 Liegenschaften - ist auf lediglich ergänzende Leistungen zurück zu  
328 führen und zu beschränken.

329 Eine weitere Bedrohung der persönlichen Sicherheit ist der  
330 Extremismus, denn er ist Vorbote und Wegbereiter des Terrorismus -  
331 ganz gleich ob rechtsextremistisch, linksextremistisch, islamistisch  
332 oder anderweit religiös bzw. weltanschaulich motiviert. Der  
333 unübersehbar zunehmende Rechtsextremismus - wie ihn auch der NSU  
334 Terror gezeigt hat - muss unnachgiebig entgegen getreten und  
335 bekämpft werden.

336 Berlin hat dies im Dezember 2016 durch den verheerendsten  
337 Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in  
338 furchtbarer Weise erfahren müssen. Daraus müssen wir  
339 Konsequenzen für die innere Sicherheit ableiten: Wir wissen, dass  
340 eine 100%ige Sicherheit vor Terroranschlägen in einer Stadt, in der  
341 wir in Freiheit leben wollen, nicht garantiert werden kann. Eine  
342 flächendeckende staatliche Überwachung der Menschen ist aber  
343 weder machbar noch wünschenswert. Aber wir müssen alles tun, um  
344 die Sicherheit in Freiheit so gut wie möglich zu gewährleisten. Daher  
345 werden wir den Informationsaustausch zwischen den  
346 Sicherheitsbehörden weiter intensivieren und effektiver gestalten.  
347 Das gilt auch für ressortübergreifende Zusammenarbeit. Gleichzeitig  
348 müssen die gesetzlichen Grundlagen konsequent genutzt werden, um  
349 Extremisten möglichst frühzeitig zu erkennen und gegen Gefährder  
350 frühzeitig vorzugehen. Soweit dies rechtlich möglich ist, sollten  
351 ausländische Gefährder - nach einem rechtsstaatlichen Verfahren - in



352 ihre Heimatländer abgeschoben werden. Hierzu brauchen die  
353 Sicherheitsbehörden weitreichende Möglichkeiten, um Informationen  
354 über die Szene zu erlangen und um in ihre Strukturen vorzudringen,  
355 um eventuelle Anschlagpläne zu vereiteln. Alle damit verbundenen  
356 Verfahren, vor allem im asyl- und ausländerrechtlichen Bereich,  
357 werden wir beschleunigen. Im Justizvollzug müssen verstärkt  
358 Deradikalisierungsprogramme initiiert und verstärkt werden.

359 Auch allgemeine Sicherheitsbelange, vor allem im öffentlichen Raum,  
360 werden wir weiter mit hoher Priorität verfolgen. Sicherheit in  
361 öffentlichen Verkehrsmitteln, in Grünanlagen, an Bahnhöfen und im  
362 Straßenverkehr ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen  
363 sich in unserer Stadt „frei“ bewegen können. Wir dulden keine  
364 „rechtsfreien Räume“ in der Stadt und gehen konsequent gegen  
365 Straftäter und Extremisten vor. Dies ist nur mit entsprechender  
366 personeller Präsenz zu erreichen - das haben vor allem die  
367 Erfahrungen der vergangenen fünfzehn Jahre mit den zunehmend  
368 personalfreien Bahnhöfen im Nahverkehr deutlich gemacht. Daher  
369 wollen wir, dass auch U- und S-Bahnhöfe mit Personal besetzt sind  
370 und wir setzen uns dafür ein, die Fußstreifen der Polizei wieder  
371 verstärkt in der gesamten Stadt einzusetzen, um eine hohe Präsenz  
372 und Akzeptanz im öffentlichen Raum zu schaffen. Hierzu gehört auch  
373 eine städtebauliche Kriminalprävention, wie beispielsweise eine  
374 bessere Beleuchtung, die Schaffung von Sichtachsen, etc.

375 Aber auch die klassischen Regelverstöße im Straßenverkehr,  
376 Autorennen und Gewaltdelikte müssen konsequent geahndet werden.  
377 Unterhalb der Ebene der Sicherheitsbehörden des Landes werden wir  
378 auch die Ordnungskräfte der Bezirke stärken. Dazu gehört, dass  
379 bestimmte Beschränkungen auf den Prüfstand gestellt und ggf.  
380 angepasst werden. So kann beispielsweise der Einsatz der  
381 Ordnungsdienste „rund um die Uhr“ ggf. für mehr Sicherheit beitragen,  
382 weil diese gegen Verwahrlosung und Vermüllung an vielen Orten  
383 vorgehen können.

384 Voraussetzung für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung ist aber  
385 auch die konsequente Verfolgung und Verurteilung der  
386 Straftäterinnen und Straftätern mit der zeitnahen Verhängung  
387 empfindlicher Strafen und mit einem wirkungsvollen  
388 Haftvollzugswesen. Die Einstellung von Strafverfahren aufgrund  
389 unzureichender Personalausstattungen in Polizei und Justiz  
390 untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat. Besonders bei  
391 Wiederholungs- bzw. Mehrfachtätern und vor allem bei Intensivtätern  
392 sind zeitnahe und konsequente Sanktionen geboten. Die teilweise  
393 bestehende Tendenz, Strafverfahren eher einzustellen als  
394 anzuklagen, Strafen eher zur Bewährung auszusetzen oder die  
395 Freiheitsstrafe bereits nach sehr kurzer Zeit im offenen Vollzug zu  
396 vollziehen, ist für die Opfer nicht nachvollziehbar und trägt vor allem  
397 bei Wiederholungstätern nicht dazu bei, das Vertrauen in die

398 Sicherheit und den Rechtsstaat zu stärken. Neue Konzepte wie der  
399 Staatsanwalt für den Ort und beschleunigte Strafverfahren bei  
400 Jugendlichen und Heranwachsenden werden auf die gesamte Stadt  
401 ausgedehnt. Zugleich bedarf es vor allem bei jugendlichen und  
402 heranwachsenden Straftäterinnen und Straftätern vielfältiger  
403 Angebote und Hilfen zu schnellen Resozialisierung, um deren Einsicht  
404 zu wecken, dass sie selbst sich ändern müssen, um nicht mehr  
405 straffällig zu werden. Gelingt es, diese Einsicht zu wecken, ist das  
406 dafür aufgebrachte Geld gut angelegt und mit einem unmittelbaren  
407 Sicherheitsgewinn verbunden.

408 Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die organisierte Kriminalität ist  
409 der Zugriff auf das Vermögen von Täterinnen und Tätern. Denn mit  
410 diesem Geld dringen sie sonst in den legalen Wirtschaftskreislauf ein,  
411 ohne dabei im Geringsten ihre eigene Haltung zu Gewalt, Illegalität  
412 und Betrug zu verändern. Teil dieser Geldwäschebekämpfung ist für  
413 uns die Einrichtung eines zentralen bundesweiten  
414 Immobilienregisters. Ein Ziel, dass wir in diesem Zusammenhang  
415 weiter verfolgen werden, ist die Beweislastumkehr. Liegen  
416 tatsächliche konkrete Anhaltspunkte für illegal erworbenes Vermögen  
417 vor, muss der Betroffene die Hinweise entkräften und im Zweifel  
418 nachweisen, dass sein Vermögen nicht aus Straftaten stammt.

419 Die Wirtschafts-, Steuer- und Cyberkriminalität bedeuten ebenso  
420 große Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil sie  
421 meist hohe wirtschaftliche Schäden verursachen. Daher werden wir  
422 auch gegen die „White Collar“ - Kriminelle entschiedener vorgehen.  
423 Das schließt eine Verschärfung der Manager- und  
424 Unternehmenshaftung mit ein.

425 Verbrechen darf sich nicht lohnen. Die gesetzlichen Voraussetzungen  
426 für einen erfolgreichen Zugriff der Justiz auf illegal erworbenes  
427 Vermögen hat die SPD auf Bundesebene bereits geschaffen. Dieser  
428 Zugriff muss nun schnell und effektiv erfolgen.

#### 429 **4.2. Prävention – gut und „sicher“ angelegtes Geld**

430 Wir sehen, dass sich die sozial-räumliche Entwicklung der einzelnen  
431 Quartiere unserer Stadt auch in unterschiedlicher Gewalt- und  
432 Kriminalitätsbelastung widerspiegelt. So unterscheidet sich die  
433 Sicherheitslage in den randstädtischen Großsiedlungen von der in den  
434 exklusiven Innenstadtquartieren. Das führt zu unterschiedlichen  
435 Anforderungen hinsichtlich der Präventionsarbeit vor Ort.

436 Dabei liegt eine erfolgreiche Prävention in den Händen vieler  
437 Akteure. So haben quartierbezogene Maßnahmen die Nachbarschaften  
438 und den Stadtteil zum Ausgangspunkt. Die Bündelung vorhandener  
439 Ressourcen, Kontakte in verschiedene Milieus, Projektarbeit und  
440 konkrete Einzelfallbetreuung können häufig auch mit Hilfe  
441 gewachsener zivilgesellschaftlicher Strukturen, Vereinen und

442 Initiativen vor Ort organisiert werden, ohne dass jedes Mal zuerst  
443 eine Behörde eingreifen muss. Dies hilft sicherzustellen, dass auch in  
444 Quartieren mit geringeren sozialen Ressourcen und mit ausgeprägten  
445 sozialen Konflikten Sicherheit für den einzelnen gewährleistet wird.

446 Ein zentraler Akteur des Gesamtkonzepts für eine wirksame  
447 Prävention ist und bleibt jedoch auch weiterhin die Polizei. Mit den  
448 Präventionsbeauftragten der Polizeiabschnitte, den Arbeitsgebieten  
449 interkulturelle Aufgaben (AGIA) der Direktionen und mit der  
450 Zentralstelle für Prävention beim Landeskriminalamt leistet die  
451 Polizei einen entscheidenden Beitrag zur Prävention, u. a. durch die  
452 Zusammenarbeit mit Schulen, Vereinen, Flüchtlingsunterkünften,  
453 Quartiersmanagement, Kirchen, Moschee-Vereinen und anderen  
454 Einrichtungen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrung  
455 werden laufend ausgewertet und die Arbeitsweise den sich  
456 verändernden Bedingungen stetig angepasst. Perspektivisch wird aus  
457 dieser auf Bündnisarbeit ausgerichteten Präventionsstrategie und den  
458 zunächst einzelräumlich wirkenden Präventionsansätzen daher ein  
459 Gesamtkonzept zur Gewaltprävention entwickelt.

460 Eine wichtige strategische Entwicklung verläuft parallel zu diesem  
461 Prozess. In einer vielfältigen Stadtgesellschaft wie der unseren  
462 ergeben sich für die Handlungsfähigkeit wie auch für die Akzeptanz  
463 der Polizei enorme Vorteile, wenn sich diese Vielfalt auch in ihrer  
464 personellen Zusammensetzung selbst widerspiegelt. Das betrifft alle  
465 Facetten, darunter vor allem auch Alter, Herkunft und Geschlecht.  
466 Diese Vielfalt werden wir daher weiter fördern, ohne dabei jedoch  
467 von den gegenwärtig bestehenden hohen Anforderungen an die  
468 Bewerberinnen und Bewerber abzuweichen.

#### 469 **4.3. Eine demokratische Kultur schafft Sicherheit**

470 Unser Grundsatz, „mehr Demokratie wagen“ und Demokratie auch zu  
471 leben, bleibt unser Leitbild. Daran vermag kein Extremismus oder  
472 Fanatismus etwas zu ändern. Auch bei völliger Aufgabe der Freiheit  
473 gäbe es keine absolute Sicherheit und wir lassen uns unsere Freiheit  
474 nicht nehmen. Wir werden sie mit rechtsstaatlichen Mitteln  
475 verteidigen. Und wir werden zeigen, dass unser Rechtsstaat unsere  
476 Freiheit verteidigen kann.

477 Unsere Demokratie braucht eine Kultur des gleichen Respekts für alle  
478 Menschen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werden wir  
479 niemals dulden, denn sie setzt auf Verunsicherung der Betroffenen  
480 und auf Ausgrenzung durch Diskriminierung und Herabwürdigung.  
481 Deshalb bauen wir auch das Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt,  
482 Respekt - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“  
483 deutlich weiter aus.

484 Mit dem Berliner Landesprogramm zur Radikalisierungsprävention  
485 reagieren wir auf die spezifischen Gefahren islamistischer

486 Radikalisierung vor allem junger Menschen. Methodisch wichtig ist  
487 dabei die Aufklärung über propagandistische Vorgehensweisen und  
488 Rekrutierungsmethoden radikaler Gruppierungen und die Folgen von  
489 Radikalisierung, insbesondere der Ausreise in Krisengebiete und der  
490 Teilnahme an Kampfhandlungen. Für Menschen, die alle diese  
491 Schwellen bereits überschritten haben, wollen wir weiter Programme  
492 zur Deradikalisierung fördern.

493 Demokratisches Verständnis öffnet den Weg zu einer gewaltfreien  
494 Gesellschaft. Aber Sicherheit ist mehr als die Abwesenheit von  
495 Gewalt.

496 **Die Berliner SPD steht für die urbane Sicherheit, denn nur eine Stadt, die**  
497 **die soziale und persönliche Sicherheit in Einklang bringt, ist eine**  
498 **solidarische Stadtgesellschaft.**

499

500